



PYRMONTER NACHRICHTEN

LÜGDER NACHRICHTEN · DIE ZEITUNG FÜR BAD PYRMONT UND UMGEBUNG



Montag, 25. Oktober 2021

Nr. 249 · 174. Jahrgang · 1,70 €

Wie reagiert der Westen auf Erdogan?

ISTANBUL/BERLIN. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat mit der angekündigten Ausweisung von zehn Botschaftern die Beziehungen des Westens zur Türkei vor eine neue Belastungsprobe gestellt. Die betroffenen Staaten, darunter Deutschland und die USA, berieten am Sonntag über eine angemessene Reaktion auf Erdogans Ankündigung, ihre Botschafter zu unerwünschten Personen zu erklären. Erdogan hatte zuvor im westtürkischen Eskisehir gesagt, er habe das Außenministerium angewiesen, die zehn Botschafter zur „Persona non grata“ zu erklären. Ein solcher Schritt bedeutet in der Regel die Ausweisung der Diplomaten. Hintergrund der Äußerungen Erdogans ist eine Erklärung der Botschafter von Anfang der Woche. Darin fordern sie die Freilassung des türkischen Unternehmers und Kulturförderers Osman Kavala, der mit seiner Organisation Anadolu Kùltür unter anderem mit dem Goethe-Institut und anderen deutschen Stiftungen zusammenarbeitet. Der 64-Jährige sitzt seit 2017 in Istanbul in Untersuchungshaft, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte schon 2019 seine Freilassung angeordnet hatte. Kavala wird beschuldigt, die regierungskritischen Gezi-Proteste in Istanbul 2013 unterstützt und einen Umsturzversuch angezettelt zu haben. Ihm wird außerdem „politische und militärische Spionage“ im Zusammenhang mit dem Putschversuch von 2016 vorgeworfen. Kritiker sehen die Vorwürfe als politisch motiviert. **» KOMMENTAR | 2**
» NACHRICHTEN | 4



Osman Kavala auf einem Archivbild von 2014. FOTO: DPA

Corona-Inzidenz erstmals seit Mai wieder über 100

Länder, Städte und Mediziner fordern klare bundeseinheitliche Regeln

VON PATRICK T. NEUMANN UND SIMONE HUMML

Es ist nur eine Zahl, aber sie lässt aufhorchen: Die Corona-Inzidenz ist wieder über die Marke von 100 geklettert. Gesundheitsminister Jens Spahn will trotzdem den nationalen Ausnahmezustand beenden – und stößt damit auf deutliche Kritik.

BERLIN. Die Corona-Inzidenz in Deutschland ist erstmals seit Mai wieder klar dreistellig. Das Robert Koch-Institut (RKI) gab die Zahl der Neuinfektionen pro 100 000 Einwohnern und Woche am Sonntag mit 106,3 an – vor einer Woche waren es noch 72,7. Die Gesundheitsämter meldeten dem RKI binnen eines Tages 13 732 Corona-Neuinfektionen – vor einer Woche waren es 8682 Ansteckungen gewesen.

Der Vorstoß von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) für eine Beendigung der durch den Bundestag festgestellten Corona-Notlage sorgt auch angesichts der steigenden Zahlen für Diskussionen. Spahn sagte im „Interview der Woche“ des Deutschlandfunks, es gehe darum, nach 19 Monaten einen Ausnahmezustand zu beenden. Die Befugnisse der Bundesregierung sollten in einen Normalzustand zurückgeführt werden. Er betonte, dies bedeute keinen „Freedom Day“ (Freiheitstag) oder das Ende aller Maßnahmen. Diese könnten auch ohne Ausnahmezustand geregelt werden.

Dagegen kontierte SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach in der „Passauer Neuen Presse“, in einer Phase, in der es steigende Infektionszahlen, Impfdurchbrüche, stagnierende Impfquoten und andere Probleme gebe, sei Spahns Ankündigung eine Überraschung. Auch die Ministerpräsidenten der Länder haben bereits eine weitere bundeseinheitliche Rechtsgrundlage für die Schutzmaßnahmen gefordert. Und Städtetagspräsident Burkhard Jung warnte in den Zeitungen der Funke Medien-Gruppe vor einem „Flickenteppich“. Ein gemeinsamer



Deutschland debattiert: Sind die Lockerungen zum Beispiel für Diskotheken, Kneipen, Bars richtig – oder kamen sie zu früh? Auf der einen Seite sehnen sich die Menschen nach Normalität und Spaß, auf der anderen Seite steigen aktuell wieder die Inzidenzzahlen. FOTO: DPA

Rahmen sei weiterhin notwendig. „Die Länder müssen über den Winter Regeln wie 3G oder sogar 2G und das Tragen von Masken in Innenräumen weiter vorgeben können“, fordert Jung, der Oberbürgermeister in Leipzig ist. Mit den steigenden Corona-Zahlen keimen auch Sorgen um eine Überlastung des

Gesundheitssystems wieder auf. „Die Inzidenzen sind weiterhin extrem eng gekoppelt an die Aufnahmen auf die Intensivstationen“, sagte Christian Karagiannidis, wissenschaftlicher Leiter des Intensivregisters der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin, dem Deutschlandradio.

Zwar seien die Intensivstationen derzeit mit Covid- und anderen Patienten etwa gleich stark belegt wie vor einem Jahr, allerdings gebe es inzwischen weniger freie Kapazitäten, weil die Zahl der Betten wegen des Mangels an Pflegepersonal verringert werden musste, betonte Karagiannidis.

Heute enden in fünf Bundesländern die Herbstferien. Lauterbach warnt in diesem Zusammenhang vor weiter steigenden Infektionszahlen. „Wir werden nach den Herbstferien deutlich mehr Ausbrüche in den Schulen erleben, weil die Kinder nicht mehr lange lüften können“, sagte er dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Und: „Dass wir jetzt, bei steigenden Zahlen, an vielen Stellen aufhören zu testen, ist vollkommen unverantwortlich. Wenn man in einer Schule jetzt aufhört zu testen, ist das ein Beschluss zur Durchseuchung.“ **» LEITARTIKEL | 2**

Österreich: Lockdown für Ungeimpfte?

In Österreich droht die Regierung allen Menschen, die nicht gegen Corona geimpft sind, mit einem Lockdown. Damit soll die Bereitschaft für die schützende Injektion gesteigert werden. Ab 600 von Covid-Patienten belegten Intensivbetten darf diese Gruppe nach dem neuen Stufenplan der Regierung nicht mehr ohne triftigen Grund auf die Straße. Ab 500 belegten Intensivbetten ist ihr der Besuch von Lokalen, Kultur- und Sportveranstaltungen sowie

die Nutzung von Hotels untersagt. Es gebe noch zu viele „Zögerer und Zauderer“, sagte Kanzler Alexander Schallenberg mit Blick auf die Impf-Skeptiker. Die Genesenen sind den Geimpften bis zu sechs Monate nach der Erkrankung gleichgestellt. Die Schwelle von 600 wurde in der Pandemie nach Angaben der Zeitung „Kurier“ bisher zweimal erreicht. Österreichs Stufenplan hat fünf Schwellen, ab 1. November gilt die 3G-Regel am Arbeitsplatz.

Umweltminister fordert besseren Klimaschutz

Das bisherige Klimagesetz ist noch kein Jahr alt, da will Olaf Lies schon Verschärfungen – wie genau, sagt er nicht

VON MICHAEL B. BERGER

HANNOVER. Niedersachsens Klimaschutzpläne werden womöglich noch in dieser Wahlperiode verschärft. Umweltminister Olaf Lies (SPD) will ein neues Klimagesetz verwirklichen, das dem Land ehrgeizigere Ziele setzt als bislang.

Lies schlägt unter anderem vor, den öffentlichen Personennahverkehr zu stärken, vor allem auf dem flachen Land. „Hier brauchen wir eine höhere Qualität und Quantität. Ein

Zwei-Stunden-Takt im ländlichen Raum ist kein ernsthaftes Angebot“, sagte der SPD-Politiker. Vielmehr müssten neben der Einführung einer Mindesttaktung intelligentere Modelle für

On-Demand-Verkehre, Sammeltaxis oder auch Bürgerbusse erprobt und zukünftig schrittweise flächendeckend angeboten werden. Wie er das machen will, sagte Lies nicht.

Das Land müsse zudem bei der Förderung von Unternehmen stärker darauf achten, ob Subventionen aktiv zum Klima-

schutz beitragen. Schärfere Beschränkungen sollte man auch beim gesetzlich erlaubten Verbrauch von Flächen einführen.

Der Koalitionspartner CDU zeigt sich gesprächsbereit. Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Martin Bäumer, sagte: „Dass wir in allen Bereichen Konkretisierungsbedarf bei der Erreichung der Klimaziele haben, ist unstrittig.“ Man müsse nun aber konkret darstellen, was man vorhabe und was das koste.

Das sei noch nicht geschehen. Das bisherige, erst im Dezember 2020 verabschiedete Klimagesetz nannte Lies „ambitioniert, aber nicht gerade über-ambitioniert“. Die Opposition hatte an dem Gesetz heftige Kritik geübt. Es gibt vor, das Niedersachsen bis 2050 klimaneutral sein soll.

Ein Thema sei in der Regierungskoalition mit der CDU in Hannover schon angesprochen worden: die Verpflichtung, auch bei privaten Neubauten Fotovoltaik aufs Dach zu setzen. „Wir müssen natür-

lich auch als Land mit gutem Beispiel vorangehen und in unsere eigenen Immobilien wie auch die eigenen Fahrzeuge investieren“, sagte der SPD-Politiker. Dies sei angesichts steigender Energie- und Baukosten auch wirtschaftlich geboten. „Wenn wir jetzt nicht forciert investieren, wird es am Ende teurer für das Land – und für die Steuerzahlerinnen und -zahler.“ Wie viel das Land in den kommenden Jahren investieren müsse, sagte der Minister indes nicht.



DER TAG HEUTE

Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping spricht zum 50. Jahrestag der Anerkennung Pekings als einzige legitime Regierung Chinas durch die UNO:

Am 25. Oktober 1971 beschloss die UN-Generalversammlung, die Volksrepublik China als rechtmäßige Vertretung des chinesischen Volkes anzuerkennen. Das heute demokratische Taiwan ist seither nicht mehr in den Vereinten Nationen vertreten.

In München wird das Urteil im Terror-Prozess gegen Jennifer W. erwartet:

Die junge Frau aus Lohne in Niedersachsen ist wegen Mordes und Kriegsverbrechen angeklagt. Sie soll als IS-Anhängerin im Irak tatenlos dabei zugehört haben, wie ein kleines, jesisches Mädchen in einem Hof angekettert wurde und dort verdurstete.

In Dortmund beginnt ein Prozess gegen mutmaßliche Neonazis:

Zehn Teilnehmer von zwei rechtsextremistischen Kundgebungen in Dortmund sind wegen Volksverhetzung angeklagt, nachdem sie im September 2018 antisemitische Parolen gezeigt haben sollen. Die Polizei war nach den Aufmärschen dafür kritisiert worden, dass sie die Demos nicht abgebrochen hatte.

Der BGH verhandelt über Millionen-Entschädigung im Streit zwischen Maika Kohl-Richter und Ghostwriter Heribert Schwan:

Altkanzler Helmut Kohl hatte Schwan mit seinen Memoiren beauftragt. Nach einem Zerwürfnis veröffentlichte dieser eigenmächtig den Bestseller „Vermächtnis: Die Kohl-Protokolle“ mit vertraulichen Details. Das Landgericht Köln hatte Kohl vor dessen Tod eine Million Euro Entschädigung zugesprochen. Offen ist, ob seine Witwe als Alleinerbin Anspruch darauf hat.

GLÜCKSSACHE

Lotto: 1 - 10 - 19 - 22 - 26 - 28, Superzahl: 2
Spiel 77: 2 7 7 6 2 1 9
Super 6: 0 9 3 9 4 0
13er-Wette: Lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
6 aus 45: Lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
Eurojackpot: 5 aus 50: 15 - 33 - 34 - 38 - 43. 2 aus 10: 3, 7 (Ohne Gewähr)

LESER-SERVICE

Anzeigen: (0 51 51) 200-666
Abo-Service: (0 51 51) 200-777
Redaktion: (0 52 81) 93 68-616
Geschäftsst.: (0 52 81) 93 68-0
Internet: www.dewezet.de

